



Afrika (Teil IV) – Ein ungleicher Kampf Mit Milliardenbeträgen fördern Industrienationen ihre Hightech-Landwirtschaft. Der produzierte Überfluss landet oftmals zu Billigpreisen auf den Märkten der Entwicklungsländer und nimmt den dortigen Bauern jede Möglichkeit, ihre Produkte abzusetzen. Selbst die US-amerikanischen Lebensmittelhilfen in Hungergebiete schaffen mehr Leid, als sie lindern. Denn viele Regierungen warten lieber auf die Geschenkpakete, als die Ernten ihrer Landwirte aufzukaufen. Die Chancenlosigkeit treibt Tausende Afrikaner zur lebensgefährlichen Flucht nach Europa.

Not für die Welt

Die Agrarsubventionen reicher Länder zerstören die Existenz afrikanischer Bauern.

Es ist ein großer Tag für das kleine Kind – und doch einer, der nur trostlos enden kann. Das wissen die Fischer, aber keiner von ihnen will dem Jungen die Freude an seinem ersten Arbeitstag verderben.

Aufgeregt hüpfte der Achtjährige am Strand des senegalesischen Fischerorts Mbour durch die Brandung, bis ihn jemand auf eine der buntbemalten Pirogen hebt. Der 18 Meter lange Holzkahn hält sich nur mit Mühe über Wasser, zwei Dutzend Fischer drängeln sich auf den Querbalken. Kein Dach, keine Plane schützt sie vor der afrikanischen Sonne. Es ist zehn Uhr morgens und 37 Grad Celsius heiß. Endlich jault der Außenbordmotor auf, das Boot nimmt Kurs auf den Atlantik.

Kapitän Badou Ndoeye steht am Ruder und liest die Wellen. Ein guter Patron kann dem Meer die Fische ansehen, sagen sie im Senegal – an der Art, wie sich die Oberfläche kräuselt. Brassen machen Blasen, Stachelmakrelen winzige Wellen, Barben erzeugen kleine Buckel auf dem Wasser. Badou hat 62 Jahre Erfahrung auf See. Der 67-Jährige ist Fischer in dritter Generation, fünf seiner Söhne sind mit an Bord.

„Sardinen“, sagt er und gibt Gas. Das Boot fährt einen Kreis, das Netz, 200 Meter lang und 40 Meter tief, saust über den Rand. Das ist der Moment, in dem das Kind gepackt und ins Meer geworfen wird – mitten hinein in eine Zukunft, die längst keine mehr ist.

Denn so sehr sich der Junge auch abstrampelt, um zum ersten Mal in seinem Leben die Fische ins Netz zu treiben – es reicht nicht mehr zum Überleben. Seit die Flotten der Toubabs, der Weißen, die Fanggründe beherrschen, sind die Kleinfischer chancenlos. In riesigen Netzen, geleitet von empfindlichen Sonargeräten, ziehen die Industrietrawler vor der Küste Westafrikas das Leben aus dem Meer. Bis zu 2000 Tonnen Fisch fassen manche dieser schwimmenden Fabriken. Dafür brauchte Kapitän Badou Jahrzehnte.

Doch selbst wenn die Einheimischen nicht mit bloßer Muskelkraft das Netz aus



dem Meer ziehen würden, selbst wenn sie Eis hätten, um ihren Fang vor dem Verderben zu retten, und Schiffe, mit denen man nicht täglich zur Küste zurückkehren muss – es würde immer ein ungleicher Kampf bleiben. Denn sie müssen vom Verkauf ihrer Ware leben, anders als die hochgerüsteten Konkurrenten aus dem Norden.

Das ist schwer zu verstehen für die Fischer von Mbour. Die angeblich so marktorientierten Industrieländer des Nordens geben fast doppelt so viel Geld für den Fischfang aus, wie sie damit einnehmen.

Die Fischer aus Europa, Japan, den USA bekommen Geld geschenkt, um ihre Boote mit modernsten Geräten vollzustopfen. Sie tanken vergünstigten Treibstoff und profitieren von billigen Darlehen.

Der Transport wird bezuschusst, auch der Export. All das finanziert der Steuerzahler.

Und wenn sie ihre eigenen Meere leergefischt haben, kauft man ihnen einfach neue: Vergangenes Jahr gab die Europäische Union über 200 Millionen Euro aus, damit ihre Flotten in fremden Hoheitsgewässern jagen können. Zwölf Millionen Euro jährlich zahlte die Kommission von 2002 bis

2006 allein an den Senegal für die Fangrechte. Seit Sommer letzten Jahres wird um neue Verträge gefeilscht.

Das alles muss sein, heißt es, um Jobs zu sichern. Doch Kapitän Bado Ndoye sorgt sich auch um seinen Job.

Landwirtschaftshilfe der Industrieländer an afrikanische Staaten

1 Mrd.\$

Totale Schiefelage

Produktions- und Exportsubventionen für landwirtschaftliche Güter aller Industrieländer 2004

349 Mrd.\$

Quelle: OECD



Sudanesisin mit Getreidesäcken aus dem amerikanischen Hilfsprogramm

JOSE CENDON / AFP

Die wertvollen Fische werden immer seltener, weil die Trawler der Ausländer verbotenerweise auch die Jungfische mit herausziehen. Das weiß er von den Seeleuten, die auf den Schiffen der Fremden arbeiten. Auch heute ist er nach sieben Stunden auf See fast leer heimgekehrt, hat nur billige Sardinen und Sardellen gefangen, dazu zwei Tintenfische und ein paar Rotbarsche.

Die Stimmung an Bord ist gedrückt. Mehr als ein, zwei Euro bleiben nicht für jeden Fischer. Wie soll man damit eine Familie ernähren? Fisch ist das Hauptexportprodukt des Landes. Das Gewerbe sorgt für 15 Prozent aller Arbeitsplätze. Viele davon sind nun bedroht.

Senegals Fischer sind nicht die einzigen Verlierer im ungleichen Kampf gegen viel zu starke Gegner. Auch die Bauern verlassen in Scharen ihre Felder, weil ihre Waren mit den Billigprodukten aus Europa, den USA und Asien nicht mithalten können. Auf den Märkten in der Hauptstadt Dakar stapeln sich Zwiebeln aus den Niederlanden. Das Tomatenmark stammt aus Italien, das Milchpulver aus Frankreich, die Hühnchenteile aus allen Regionen der EU.

Die Landwirte im Senegal haben keine Chance. Und da geht es ihnen nicht anders als ihren Kollegen in Kenia, in Burkina Faso, in vielen Ländern Afrikas, aber auch Lateinamerikas. Sie alle könnten von ihrer Hände Arbeit leben. Sie könnten sich und ihre Familien ernähren mit dem Anbau von Mais, Soja oder Tomaten, mit dem Fischfang oder der Milchwirtschaft – wenn, ja wenn sie es nicht mit übermächtigen Konkurrenten zu tun hätten, die ihre Märkte mit hochsubventionierten Waren überschwemmen.

Fairer Wettbewerb sieht anders aus. Auf der einen Seite stehen die Bauern der Dritten Welt mit ihren Hacken und Pflügen. Auf der anderen Seite die Hightech-Agrarindustrie des Nordens, die weit mehr produziert, als die Menschen in Europa, Australien, den USA selbst verbrauchen.

Sie erhält Förderung, auch wenn ihre Produkte niemand braucht, im Zweifel



Senegalesischer Fischer Ndoye: Verzweifelter Kampf gegen die Flotten der Reichen

wird der Export der Überschüsse in die Dritte Welt auch noch vom Steuerzahler gefördert.

Die USA liefern ihren Überfluss kostenlos in die Hungergebiete der Welt. Doch selbst dieses vermeintlich karitative Werk schadet letztlich den Beschenkten. Die Lebensmittel landen dort oft auf den Märkten und verdrängen die heimische Produktion: Not für die Welt statt Brot für die Welt.

Dass sich daran möglichst wenig ändert, dafür sorgt eine mächtige Lobby. Ihr Einfluss reicht bis in ihre Regierungen. Die wiederum dominieren die internationalen Institutionen, die eigentlich dafür sorgen sollen, dass auf den Weltmärkten faire Bedingungen herrschen.

Den freien Wettbewerb fordern diese Organisationen – allen voran die Welthandelsorganisation WTO – ständig. Doch frei soll vor allem der Zugang der Entwicklungsländer für die Erzeugnisse des Westens sein. Ihre eigenen Märkte schotten die reichen Länder so weit wie möglich ab.

Früher hielt sich auch die Dritte Welt Konkurrenz mit Hilfe hoher Einfuhrzölle vom Leib. Doch wer Kredite braucht vom Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank, muss Zugeständnisse machen an die globalisierte Handelswelt: Zölle senken, Märkte öffnen, staatliche Unternehmen privatisieren, Staatsausgaben senken.

„Strukturanpassungsmaßnahmen“ nennt sich das ganz harmlos in der Sprache der Washingtoner Weltorganisierer. Strukturen anpassen – aber an wen?

„Sie sagen, die Welt sei ein großer Marktplatz geworden, die Schranken sollen fallen, damit der Handel seine heilsamen Kräfte entfalten kann“, sagt Samba Guèye, Präsident des nationalen Rats für ländliche Zusammenarbeit im Senegal. „Doch wir haben nicht den gleichen Blickwinkel. Diejenigen, die beim IWF, der Weltbank und der WTO die Regeln machen, sitzen im gekühlten Büro, schicken ihre Kinder auf Universitäten und fahren abends mit der Limousine in ihr Eigenheim. Es sind Reiche, die Regeln machen für die Reichen.“

Er hat sie getroffen, bei den Welthandelsgesprächen im Dezember 2005 in Hongkong. Er trug sein feinstes afrikanisches Gewand und schilderte ihnen die aussichtslose Lage der senegalesischen Landbevölkerung. Es waren keine Neuigkeiten, die er da verbreitete, denn schon im Uno-Bericht zur menschlichen Entwicklung 2005 steht: „Das Grundproblem, das bei den Gesprächen der WTO über Landwirtschaft in Angriff genommen werden muss, lässt sich in drei Wörtern zusammenfassen: Subventionen reicher Länder.“ Durch sie würden die Existenzgrundlagen in einigen der ärmsten Länder zerstört.

Damit sollte in Hongkong Schluss sein. Dafür wollten Samba Guèye und seine Mitstreiter kämpfen. Und tatsächlich: Erstmals mussten die Wohlhabenden Zugeständnisse machen: Alle Exportsubventionen für Agrargüter müssen bis zum Jahr 2013 fallen. Darauf wurde sich nach zähem Ringen geeinigt.

„Ein Ereignis historischen Ausmaßes“, lobte sich die EU danach selbst. Für die armen Ländern allerdings gab es nichts zu feiern. Sie hatten sich den Schritt schon für 2010 erhofft. Wie nur, so fragten sie sich, sollen sie noch acht Jahre durchhalten? Was sollten sie ihren Bauern sagen?

Senegal, eines der ärmsten Länder der Welt, bemüht sich seit Mitte der neunziger Jahre, mitzuspielen zu dürfen im Konzert der Großen. Für einen Kredit des IWF hatte das Land die Währung abgewertet und seinen Markt für ausländische Lebensmittel geöffnet. Quoten und Lizenzen fielen weg, Zölle gingen bis 2001 schrittweise von durchschnittlich 34 Prozent auf 14 runter.

Fast über Nacht verwandelte sich der Senegal in ein Paradies – für Länder, die ihre Überproduktion loswerden wollten.

Die Tomatenbauern trafen das besonders hart. Sie hatten bis dahin gut leben können, weil Staatsfirmen ihre Ernten kauften. Plötzlich wurde italienische Tomatenmark ins Land gepumpt. 300 Millionen Euro an Exportsubventionen zahlten Europas Bürger 1997 dafür, dass ihre Über-

produktion die ärmsten Länder der Welt überschwemmt – zu Dumping-Preisen.

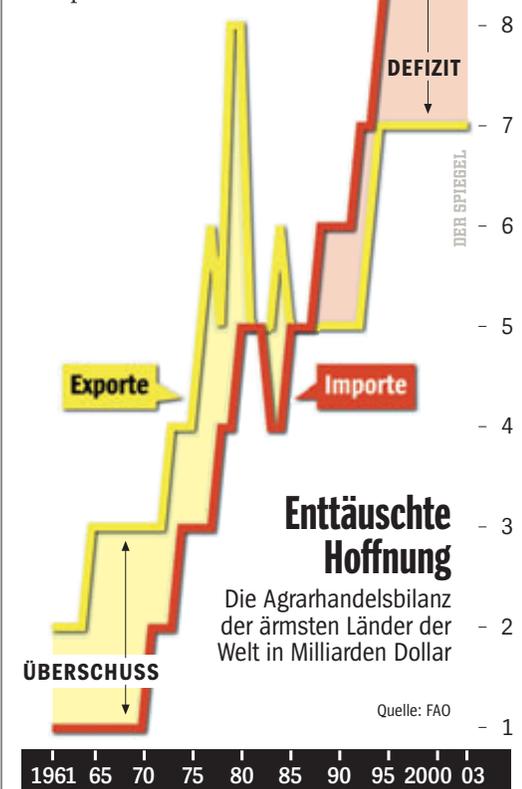
Die Entwicklung verlief fast zwangsläufig: Die mittlerweile teilprivatisierten Tomatenmarkfirmen Senegals kauften das billige italienische Tomatenmark und verarbeiteten es weiter. Die Importe aus der EU explodierten zeitweise auf das 20fache. Die Senegalesen hatten der europäischen Konkurrenz nichts entgegenzusetzen. Ihre eigenen Beihilfen waren durch die erzwungene Liberalisierung praktisch verschwunden, ihre Tomatenproduktion brach um 70 Prozent ein, der Preis fiel auf die Hälfte.

Es kam noch schlimmer. 2005 eröffnete ein Libanese eine Tomatenmarkfabrik in Dakar – und importiert Paste aus China noch unter dem Preis des EU-Produkts.

Unter Senegals Farmern herrscht seit her Verzweiflung. Vor der Aussaat im Sommer 2006 versammelt Ibrahim Fedior, Präsident des Tomatenbauernverbandes, seine Schicksalsgenossen zum Krisengespräch in Dagana, an der Grenze zu Mauretanien.

Hier, wo der Senegal rotbraun fließt, ist das fruchtbarste Land für Gemüseanbau. Die Männer sind wütend. Einige mussten bereits ihre Kinder aus der Schule nehmen, weil sie die Gebühr, neun Euro im Monat, nicht mehr zahlen können.

Was sollten sie tun? Auf Zwiebeln ausweichen? Keine Chance, seit drei Jahren überrollen niederländische Zwiebeln den Markt. Reis anbauen? Nicht konkurrenzfähig gegen die Thailänder, die ihre Abfälle spottbillig als Bruchreis verschreiben. Baumwolle? Sinnlos, der Preis ist wegen der US-Überproduktion im Keller.





FOTOS: THOMAS GRABKA

Niederländische Zwiebeln auf dem Markt von Dakar: Fairer Wettbewerb sieht anders aus

Die Männer in Fediors Büro fassten einen mutigen Beschluss: Wenn die Regierung ihnen nicht garantiert, für mindestens zwei Monate nach der Ernte die Grenzen für ausländische Konkurrenz dichtzumachen, werden sie nicht pflanzen. Keine einzige Tomate. Dann werden sich die Politiker fragen lassen müssen, warum sie den Tomatenanbau fürs eigene Volk zerstört haben.

Knapp 80 Prozent der Afrikaner leben wie die Männer von Dagana von der Landwirtschaft. Sie alle können sich ernähren. Doch wenn sie nichts verkaufen, fehlt das Geld für alles, was ihnen aus der Armut helfen kann: Schule, Medizin und Transport.

Das Argument des Nordens, man helfe mit der Einfuhr billiger Lebensmittel vor allem den Armen, klingt für sie wie Hohn: Wer nichts versilbern kann, kann nichts kaufen, egal, wie billig. Statt Not zu lindern, wird alte Not konserviert und neue geschaffen. Deshalb ist es den Bauern auch egal, ob ihre Forderung nach einem Importstopp den WTO-Regeln entspricht. „Die WTO erlaubt den einen, ihre Märkte abzuschotten und ihre Landwirte zu subventionieren, und wir sollen uns schutzlos ausliefern“, klagt Ibrahim Fedior.

So klingt das neue Mantra des Südens: Sich nicht länger der Doppelmoral der reichen Länder beugen, sich nicht mehr über-vorteilen lassen, sich zur Wehr setzen.

Es klingt nach Notwehr. Als die USA sich vergangenen Juli bei einer WTO-Krisensitzung in Genf weigerten, ihre Agrarsubventionen zu beschneiden und

die eigenen Märkte für ausländische Produkte weiter zu öffnen, reichte es. Eine Gruppe Entwicklungsländer unter Führung von Indien und Brasilien ließ die Gespräche platzen – Fortsetzung ungewiss.

Voller Spott blickt Fedior auf die hübsch gerahmten Fotos in seinem winzigen Büro. Sie zeigen die feierliche Übergabe neuer Traktoren an die Tomatenbauern. Traktoren, die die Regierung ohne Zweifel mit Entwicklungshilfegeldern finanziert hat.

Es ist absurd: Der Westen zahlt für die Landwirtschaften der Dritten, ver-

Die Teile gelten in den gesundheitsbewussten Industrieländern als Fast-Abfall, das Geschäft wird dort mit dem mageren Brustfleisch gemacht. Nun plötzlich bot sich die Chance, die Reste zu verschern, statt sie als Tiermehldünger auf die Felder zu streuen.

Den senegalesischen Geflügelzüchtern wurde damit der Garaus gemacht. Aus einem prosperierenden Sektor mit 10000 Arbeitnehmern und einem Jahresumsatz von 3,8 Millionen Euro wurde ein Sanierungsfall. 2000 Kleinzüchter gaben auf.

Innerhalb von fünf Jahren fiel der Marktanteil einheimischer Hühnerproduzenten von 80 auf 35 Prozent, während sich der Import bis 2003 nahezu verdoppelte. Drei

Viertel der Einfuhren kamen tiefgefroren aus Belgien und den Niederlanden – für die Hälfte des Preises eines senegalesischen Huhns.

Das sei kein Dumping, behauptet die EU, weil bei dieser Resteverwertung keine Exportbeihilfen fließen. Über zwei Ecken aber ist der niedrige Preis doch ein Produkt europäischer Subventionspolitik. Denn als Folge der Direktzahlungen an Getreidebauern verbilligte sich das Hühnerfutter zwischen 1990 und 2002 um zwei Drittel. Das wiederum macht bei der Aufzucht bis zu 70 Prozent der Kosten aus.

Djibril Dieme, Geflügelzüchter nahe Dakar, hatte schon alle Hoffnung verloren. Er hatte alles gemacht wie immer, und doch kaufte niemand mehr sein



Statt Not zu lindern, wird alte Not konserviert und neue geschaffen.

hindert aber gleichzeitig deren Entwicklung durch den Export der eigenen Überproduktion.

Die Zahlen sprechen Bände: Die gleiche Summe, die die OECD-Länder pro Jahr an Agrarbeihilfe für Afrika leisten, erhalten ihre eigenen Landwirte – täglich als Subventionen.

Manchmal genügt schon der Abfall der Reichen, um arme Länder ins Wanken zu bringen. Im Jahr 2000 bewegte die Weltbank die Länder der westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion dazu, ihre Einfuhrzölle auf Geflügelteile von 55 auf 20 Prozent zu senken. Das Ergebnis: Praktisch über Nacht wurde die Region mit Hähnchenflügeln überschüttet.



THOMAS GRABKA

Fischerhafen von Mbour, Senegal: Die Fischer sterben lieber auf der Flucht, als in der Heimat chancenlos zu bleiben

Fleisch. Er sah das fremde Angebot auf den Märkten, aber er wusste nicht, was dahintersteckte. Nur eins war ihm klar: dass er aufgeben muss, wenn nicht ein Wunder geschieht.

Das Wunder kam. Es nannte sich Vogelgrippe und begab sich in Europa. Mit dem Argument der Gesundheitsgefährdung konnte der Senegal Anfang 2006 die Einfuhren legal stoppen. Seither hat Dieme seinen Hühnerbestand wieder erhöhen können. Er weiß nicht, was er macht, wenn der Einfuhrstopp ausläuft. Er weiß nur, dass dies der Tag ist, an dem er erledigt sein wird.

Dann muss auch er sich überlegen, ob er den gefährlichen Trip nach Europa wagt, von dem alle jungen Senegalesen träumen.

Die meisten haben die Hoffnung auf eine Zukunft im eigenen Land längst aufgegeben. Die Hafenstädte Mbour oder St. Louis sind überbevölkert mit Jugendlichen, die auf die Chance ihres Lebens warten: in ein Boot zu steigen, mit Kurs auf Spanien.

Das Flüchtlingsgeschäft gebiert einen Teufelskreis: Der Bootspreis hat sich verdreifacht. Seine Piroge zu verkaufen bringt einem Fischer derzeit mehr als ein Jahresgehalt. Wer aber bleibt, kann sich kaum noch Ersatzteile für sein Boot leisten, weil die Preise explodiert sind.

Sechs bis zehn Tage dauert die Fahrt Richtung Europa, dichtgedrängt in einer Nusschale, die keinem Sturm standhalten kann. Trotzdem schlagen sich die Passagiere um Plätze. Sie wissen, dass sie untergehen können auf dieser Reise. Doch sie sind sicher, dass sie untergehen, wenn sie bleiben.

„Sie sterben lieber, als chancenlos zu bleiben“, sagt Ngouda Ndaye, Cousin des Pirogenkapitäns Badou. Der 51-Jährige kann das verstehen, er selbst hat sich bereits vor fünf Jahren auf den Weg gemacht, allerdings auf weniger riskantem Weg. Im Hafen von Las Palmas auf Gran Canaria ist er von Bord des italienischen Trawlers getürmt, auf dem er gearbeitet hat.

Vom Paradies Europa spricht Ngouda nicht mehr, nach fünf Jahren als Illegaler. Beim Tomatenanbau hat man ihm einen Hungerlohn bezahlt, in der Fischfabrik hat man ihn geschunden, auf den Fangschiffen ausgebeutet. Nach einem monatelangen Fischzug vor Mauretania schmiss ihn

Kleidung, Busticket und Telefon. Da bleiben höchstens 200 Euro übrig.

„Ich zahle einen hohen Preis, damit meine Familie leben kann“, sagt Ngouda. Seine Frau sieht er höchstens einmal im Jahr – und ein Dutzend Mal täglich auf einem Bild in seinem Foto-Handy.

Lebensläufe wie die von Ngouda sind typische Folgen einer unfairen Handelspraxis, die Menschen entwurzelt, Bauern in die Städte treibt oder auf lebensgefährliche Reisen.

„Man muss den Bürgern in den reichen Ländern einmal verdeutlichen, welche ungeheuren Auswirkungen ihre Agrarpolitik auf das Leben der Ärmsten dieser Welt hat“, sagt Lamine Ndiaye von Oxfam Westafrika.

Genau das hat Terry Steinhour, 59, Farmer aus Greenview, Illinois, gemacht. Er ist nach Afrika gereist und hat

einfach mal nachgesehen, was seine Subventionen so anrichten am anderen Ende der Welt.

Nun sitzt er wieder in seinem schmucken Farmhaus, umgeben von goldgelben Feldern, auf denen stramm der Mais steht und die genmanipulierten Sojabohnen vor sich hin reifen, und sagt: „Die Reise hat mir die Augen geöffnet.“

Nicht, dass er vorher nicht geahnt hätte, dass da etwas faul ist in der Agrarpolitik. Seit Jahren beobachtet er, wie die Farmer immer weniger werden und die weniger immer größer. Er erlebt den Niedergang des ländlichen Amerika und die Fremdbestimmtheit der verbleibenden Bauern.

Deren Leben wird weit weg in Washington D. C. geplant, von einflussreichen

„Ich zahle einen hohen Preis, damit meine Familie leben kann.“

der Kapitän ohne einen Cent von Bord, feixend, „geh doch zur Polizei“.

Über die Gewerkschaft fand er schließlich einen legalen Job auf dem Bau. Endlich bekam er auch Papiere und eine Zweizimmerwohnung in einer schäbigen Hochhausiedlung in Las Palmas.

Die Räume sind abgedunkelt, die Vorhänge zugezogen, eine Marotte nach vielen Jahren im Untergrund. Ich will nicht hier sein, sagt Ngouda, aber er muss, um das Haus in Mbour und die Ausbildung seiner vier Kinder zu bezahlen.

Das fällt schwerer, als man denkt. 1080 Euro im Monat verdient er für zehn Stunden Arbeit täglich. Das ist viel Geld im Senegal, aber nicht in Spanien. 400 Euro kostet ihn die Miete, dazu kommen Essen,





PETER WYNN THOMPSON

US-Farmer Steinhour: „Wir bedrohen das Leben in Afrika“

US-Agrarmultis wie Cargill, Bunge, Con-Agra und ADM. Mit großzügigen Wahlkampfspenden setzen die Konzerne eine Politik durch, die ihnen niedrige Einkaufspreise garantiert.

Den „Freedom to farm“-Act beispielsweise, der die Bauern so viel anbauen lässt, wie sie wollen, statt Überproduktion zu reglementieren. Oder ein neues Landwirtschaftsgesetz, das die Subventionen wieder stärker an die Produktionsmenge bindet statt an die bewirtschaftete Fläche wie seit 2005 in Europa. Diese Politik, sagt Steinhour, sei doch für die Multis gemacht und nicht für die Bauern.

Er ist ein guter Farmer. Er ist ein guter Amerikaner. Er wählt die Demokraten. Über Afrika hatte er sich früher nie Gedanken gemacht. Bis im Mai 2006 sein Handy klingelte. Eine Frau von Oxfam Chicago fragte, ob er nach Westafrika mitkommen wolle, um die dortigen Bauern zu besuchen.

Eine Woche lang hat Terry Steinhour überlegt. Er war erst zweimal im Leben geflogen, nur einmal im Ausland gewesen, vor 20 Jahren. Nun ist sein Bauch dick, das Haar silberfarben und sein Reisepass abgelaufen. „Du verzeihst dir nie, wenn du nicht fährst“, sagte seine Frau Phyllis.

Es war ein Erlebnis, das sein Leben veränderte. „Wir haben keine Ahnung, was wir anrichten. Wir bedrohen das Leben in Afrika“, sagt er.

Auf das Elend, das ihm auf seiner Reise entgegenschlug, war Steinhour nicht vorbereitet. All die bettelnden Kinder, die armseligen Hütten, die unvorstellbare Luftverschmutzung in Dakar, die stinkenden Slums, die staubigen Pisten. Und erst die erbärmlichen Weizenfelder, die in Steinhours Heimat schleunigst untergepflügt würden, damit die Nachbarn nicht reden.

Sieben Tage lang trafen Steinhour und die anderen US-Bauern Minister in Mali und Senegal, diskutierten mit Bauernführern und aßen mit Farmern von einer ge-

meinsamen Platte. Alle hatten nur eine Biette: Stoppt eure Subventionen!

Bis ins letzte Dorf wusste jeder, weshalb die Baumwolle, von der zehn Millionen Westafrikaner abhängen, nun nichts mehr einbrachte: Weil George W. Bush seinen 25 000 Baumwollbaronen jährlich drei bis vier Milliarden Dollar schenkt. Das Vierfache von dem, was die entwickelte Welt an Agrarhilfe für die Armen spendiert.

Die US-Überproduktion treibt den Marktpreis in den Keller. Eine unzulässige Praxis, beklagten vier Länder Westafrikas im Herbst 2003. Ein Schiedsgericht der WTO gab ihnen wenig später Recht. Doch das schert die USA wenig. Bis heute laufen die Beihilfen und Zuschüsse weiter.

Verlierer des ungleichen Welthandels sind ausgerechnet jene armen Länder, die den Forderungen von WTO, dem Internationalen Währungsfonds und einer weltweiten Brigade industriefreundlicher Wissenschaftler folgen. Nach Uno-Zahlen hat die Armut in jenen Ländern zugenom-

Subtile Handelsbarrieren behindern die ärmsten Länder der Welt.

men, die ihre Märkte am schnellsten freigaben. Länder, die sich vorsichtig öffneten, schnitten am besten ab. Jene, die sich abschotteten, am schlechtesten.

„Die bisherigen Handelsabkommen waren weder frei noch fair“, urteilt der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz, „sie waren zum Nachteil der Entwicklungsländer.“ Die Wirtschaftsnationen hätten eine Masse an subtilen, aber wirksamen Barrieren beibehalten, die den Zugang zu ihren Märkten behinderten.

Kein Wunder eigentlich, dass die Entwicklungsländer die Welthandelsrunde platzen ließen. EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel aber kann das nicht verstehen: Der Stillstand sei verheerend für die Dritte Welt, eine verpasste Chance, die

Vorzüge des Welthandels zu genießen. „Wir werden weiterhin alles tun, um unseren Partnern in der Dritten Welt zur Seite zu stehen“, sagt Fischer Boel.

Ob die darauf Wert legen? Sogar die Vereinten Nationen kritisieren Europas Agrarpolitik scharf. Im UNDP-Bericht zur menschlichen Entwicklung 2005 steht: „Die höchsten Handelsbarrieren der Welt werden gegen einige der ärmsten Länder errichtet. So hält beispielsweise die EU große Stücke auf ihre Bemühungen, den ärmsten Ländern der Welt Märkte zu eröffnen. Doch ihre restriktiven Herkunftsbestimmungen, nach denen sich der Anspruch auf Handelspräferenzen richtet, machen die Chancen der meisten dieser Länder zunichte.“

Fischer Boel bringt solche Kritik auf. Schließlich habe sich die EU deutlich verbessert – anders als die USA. US-Farmer bekommen mehr als das Doppelte an handelsverzerrenden Subventionen. 2005 stieg diese Hilfe von 5,5 auf 14,1 Milliarden Dollar. Noch dazu weigert sich US-Präsident Bush, Zölle für Textilien aus Entwicklungsländern zu senken. Amerika, sagt Fischer Boel, gehört viel eher an den Pranger als Europa.

Wie rücksichtslos Amerika agiert, beschreiben die Brüsseler gern an einem besonders anschaulichen Beispiel: der Nahrungsmittelhilfe.

Die Vereinigten Staaten sind mit 1,2 Milliarden Dollar der größte Spender an die Hungernden dieser Welt. Von keinem Land erhält das World-Food-Programm (WFP) der Uno mehr Unterstützung. Allerdings hat das Engagement für die gute Sache einen gewaltigen Haken: Statt Geld spendiert Amerika praktisch nur Nahrung aus eigener Produktion. Die Regierung kauft ihren subventionierten Bauern Getreide ab, das dann von US-Speditionen auf US-Schiffe geladen wird.

Auf diese Weise bleibt rund die Hälfte des Werts im eigenen Land – eine versteckte Subvention auf Kosten der Hungernden. Auffällig ist außerdem, dass in Zeiten höchster US-Überproduktion die Not in der Welt rapide zu steigen scheint: Dann werden auch mal Länder, die gar nicht darben, beschenkt – zum Unglück der anässigen Bauern.

Seit Jahren schon steht dieses egoistische Wohltätigkeitsgebaren der USA in der Kritik. 2005 wagte Alexander Natsios, damals Chef der dem Außenministerium zugeordneten Organisation USAid, einen Vorstoß: Er regte an, ein Viertel der Hilfe in bar zu leisten, damit man Nahrung in der jeweiligen Region kaufen könne.

Natsios hatte mit Widerstand gerechnet: von Politikern, Bauern, der Transportlobby. Am lautesten jedoch schrien die 48 Hilfsorganisationen, die sich um die Food-Aid-Verteilung kümmern. Besonders Ca-

tholic Relief Services, der größte private Lebensmittelverteiler der Welt, sträubte sich. Die Katholiken mit Sitz in Baltimore fürchten einen Spendeneinbruch und heftige Budgetkürzungen.

Michael Wiest, Geschäftsführer von Catholic Relief, ist ein ruhiger, gediegener Mann mit gütigem Lächeln und grauem Haar. Doch fällt der Name Natsios, kocht die Wut in ihm hoch, bis das Gesicht rot wird. Natsios Unterstellung, die Nichtregierungsorganisationen steckten unter einer Decke mit der Agrarindustrie und wollen nur ihr eigenes Überleben sichern, kränkt ihn bis ins Mark.

„Hierum geht es, nur hierum“, ruft Wiest und hält mit beiden Händen ein rotes Buch vor sich wie ein Schild: „Gott ist Liebe“ von Papst Benedikt XVI. „Schon in der Bibel steht: ‚Denn ich war hungrig, und ihr habt mir zu essen gegeben‘“, erklärt der Christ. Nichts anderes will er tun. Dafür als fette Katze im Dienst der Industrie dargestellt zu werden, sei eine böartige Missinterpretation seiner Motive.

2007 will Wiest nur noch 16,7 Prozent seines 580-Millionen-Dollar-Budgets für Lebensmittelhilfe ausgeben. „Glaubt Natsios wirklich, wir wären ruiniert, wenn man uns diese Aufgabe nähme?“

Doch ganz so unwichtig, wie Wiest behauptet, ist der Sektor nicht. 2004 machte Food Aid die Hälfte seines Haushalts aus, 2005 rund 30 Prozent. Mit einem Teil davon finanzierte Catholic Relief ganz andere Sozialprojekte in der Dritten Welt: Die Lebensmittel, die eigentlich für Bedürftige gedacht sind, werden auf den Märkten der Dritten Welt verkauft, um mit dem Gewinn Schulprogramme, Aids-Prävention, Gesundheitsvorsorge zu bezahlen.

Monetarisierung nennt man diese höchst umstrittene Praxis. Optimal sei das natürlich nicht, räumt Wiest ein, eher eine Sache der Abwägung. Die Bauern im Dorf Kesses im Westen Kenias würden bei dieser Abwägung sicherlich anders entscheiden.

Die Region zwischen Nairobi und Uganda ist die fruchtbarste im ganzen Land. Die grünen Hügel erinnern eher an die Toskana als an ein Land, in dem Menschen verhungern. Die Maisfelder stehen in voller Frucht, Tomatenfelder leuchten rot, der Weizen wogt im Wind, und dicke Holsteiner Kühe grasen auf Wiesen. Dennoch bleiben die Bauern auf ihrer Ernte sitzen.

„Wenn im Norden oder Osten eine Hungersnot droht, wartet die Regierung lieber auf die Lieferung des World-Food-Programms, als unseren Mais zu kaufen“, sagt Julius Rotich. Der Bauer hat sich mit den Landwirten von Kesses zu einer Vermarktungskooperative zusammengetan. Sie haben ein Büro bezogen und wollen ihre Produkte gemeinsam verkaufen, so wie die Kollegen in den reichen Ländern.

Doch so sehr sie sich auch bemühen: Gegen Geschenke können nicht einmal sie konkurrieren.

Außerdem bricht der Getreidepreis regelmäßig ein, immer dann, wenn eine neue Ladung des World-Food-Programms eintrifft. Denn davon, das wissen die Spekulant, landet ein Teil immer auf dem freien Markt. „Die Händler drücken uns ganz offen mit der Drohung, dass sie sonst beim WFP kaufen“, klagt Rotich.

Liebend gern würde Rotichs Gruppe ihre Ernte an das World-Food-Programm verkaufen. Doch deren Lagerhallen sind berstend voll mit amerikanischer Hirse, mit Mais- und Sojamehl. „Was sollen wir machen?“, sagt Peter Smerdon vom WFP in Nairobi und zuckt die Achseln. „Wir würden Bargeld bevorzugen. Aber wir können US-Lebensmittel nicht ablehnen.“



Deutsche Hochleistungskühe: Europa subventioniert den Export des Überflusses

Sicher, sie schenken es uns aus eigennützigen Gründen, aber sie schenken es uns.“

Wo die Hilfe herkommt, welche Auswirkungen sie hat, das alles muss Peter Smerdon egal sein. „Unsere Aufgabe ist es, Menschen am Leben zu erhalten. Kenia zu entwickeln, das müssen andere machen.“ Bauer Rotich lacht bitter: Mit ein wenig Hilfe, ein paar Krediten für Dünger und Gerät, wären die Ernten reichlich. „Wir könnten das Land ernähren“, sagt er.

Aber das Geschäft erledigen andere. Früh am Tag, gleich nach dem Morgenrauen, macht sich ein Team vom WFP auf zur Essensverteilung. Heute geht es von Garissa aus, einer Stadt im Osten Kenias, bis an die somalische Grenze. Der Laster ist bis unters Dach mit Säcken voller US-Mehl, -Salz und -Pflanzenöl bepackt. Er quält sich auf Sandpisten durch wüstes, dorniges Gelände. Das einzige Zeichen von Zivilisation sind die Plastiktüten, die sich im Gestrüpp verfangen haben.

Vier holprige Stunden später kommt der Transport in Welmarele Village an, ein

Dorf aus Reisighütten, einer gemauerten Schule und einer von Entwicklungshelfern gestifteten Wasserpumpe. Dürre Kühe und Kamele beißen sich mit Hunderten Ziegen um einen Platz an der Tränke. Die Viehhirten laufen zum Dorfplatz, wo der Laster bereits entladen wird. Jeden Monat bekommen sie Essen vom WFP, strikt für den Eigengebrauch. Doch kaum ist die Verteilung beendet, liegt ein Sack mit US-Flagge in einem der Läden.

„Die gesamte Lebensmittelhilfe ist doch pervertiert“, findet der kenianische Ökonom James Shikwati. „Es wurde eine Kultur geschaffen, die jede Eigeninitiative zerstört, korrupte Regierungen stabilisiert und längst überholte Lebensformen erhält.“

Etwa die der Hirtennomaden. „Die halten sich ihr Vieh als Statussymbol – und um Frauen zu kaufen. Früher haben sie die Tiere auch geschlachtet, wenn Nahrung und Wasser knapp wurden. Heute warten sie lieber auf die Hilfslieferung.“

Effekt: Viel zu viele Tiere überweiden die kargen Flächen, das Land erodiert, die Hirten ziehen auf fremdes Land, und schon kommt es zum Konflikt mit den Bauern. Wird der Streit zum Krieg, rücken die Uno-Blauhelme an und versuchen zu schlichten, was das Uno-Nahrungsmittelprogramm angerichtet hat.

„Ist das nicht verrückt?“, fragt der 37-jährige Wissenschaftler entnervt. Man mag ihm kaum widersprechen: Konflikte um Landverteilung sind schließlich eine zentrale Ursache für Afrikas Kriege.

Nahezu überall wird der Lebensraum der nomadisierenden Viehzüchter beschnitten, so auch im westafrikanischen Burkina Faso. Landwirte besetzen die angestammten Weideflächen der Nomaden, weil sie ihrerseits den wachsenden Städten

weichen müssen. Schon kommt es zu ersten Reibereien, berichtet Wilhelm Thees, der für Misereor in der Hauptstadt Ouagadougou arbeitet. Kürzlich erst haben Bauern Kühe erschossen, die auf ihre Äcker gelaufen sind. Aus Rache trieben die Hirten am nächsten Tag ihre gesamte Herde über die bestellten Felder.

Aus solchen Streiten können Kriege entstehen. Misereor will vorbeugen, indem es die Nomaden sesshaft macht. „Wenn sie vom Milchverkauf leben könnten, wäre der Frieden im Land gesichert“, sagt Thees. Misereor gab bei dem Missionar Pater Maurice Oudet, der schon länger mit den Viehhirten arbeitet, eine Studie in Auftrag – mit niederschmetterndem Ergebnis. Die

und Eckläden biegen sich unter dem Angebot: Familienportionen von France Lait und Nestlé, Großpackungen von Bridel und Lacstar aus Frankreich, Vivalait und Kerrygold aus Irland, Bonnet Rouge aus den Niederlanden, Cowbell aus Neuseeland.

Ein Liter aufbereitetes Milchpulver kostet 30 bis maximal 60 Cent. Gariko muss, wenn sie ihre Milch gemolken und in heißem Wasser pasteurisiert hat, 90 Cent verlangen. Sie verkauft sie in kleinen Beuteln am Straßenrand.

Gariko kommt aus einem Beamtenhaushalt, sie kann lesen und schreiben. Sie weiß, weshalb sie die Preise der Ausländer nicht unterbieten kann. „Die kriegen Geld vom Staat, damit sie ihre Milch hierher-

sammengetan, um Dégué herzustellen. Täglich kaufen sie Frischmilch an, doch selbst sie benutzen hin und wieder das Importpulver – weil es billiger ist.

„So kann keine Wertschöpfung stattfinden“, schimpft Thees. „Wenn man die Afrikaner auf Selbstversorger-Level halten will, kann man sich die ganzen Armutskonferenzen gleich sparen.“

François Traoré wird noch deutlicher. Der Bauernpräsident von Burkina Faso ist eine gewaltige Erscheinung. Seine tiefe Stimme dröhnt, wenn er zu schimpfen beginnt. Seine Fäuste donnern auf die Tischplatte in seinem Besprechungszimmer in Ouagadougou. Er weiß, wie furchteinflößend er wirkt, seit er beim WTO-Treffen in Cancún die Welt von der Unlauterkeit amerikanischer Baumwollsubventionen überzeugt hat. „Und was hat das gebracht?“, poltert er. „Die USA subventionieren und exportieren fröhlich weiter, und die Welt schaut zu.“

Traoré ist nicht gut zu sprechen auf die internationalen Institutionen. Der IWF? Ein Club der Reichen, der Märkte für die Reichen öffnen will. Die Weltbank? Steht nicht für Wohltätigkeit, sondern fürs Geschäft. Die WTO? Lügt der Welt vor, dass sie zugunsten der Armen agiert. „Die Wahrheit ist: Keiner von denen will etwas abgeben.“

Also muss man sie zwingen: mit hohen Schutzzöllen aus dem Land halten, damit sich eigene Märkte entwickeln können; ihre Bürger über die unfaire Politik informieren, damit die Verantwortlichen in Erklärungsnot kommen; Proteste organisieren, damit die Welt von der Ungerechtigkeit erfährt.

Das beste Druckmittel aber ist der Strom der Migranten, die sich zu Hunderttausenden in die Paradiese des Nordens aufmachen. Europa ist schon jetzt nervös, das weiß Traoré von seinen Reisen. Und die Anspannung wird weiter steigen. Denn wer in der Heimat keine Existenzgrundlage mehr hat, lässt sich auf Dauer nicht von Zäunen, Küstenschutzbooten oder Soldaten aufhalten.

„Wenn die reichen Länder jede Entwicklungschance in unseren Ländern zerstören, dann müssen wir uns eben in ihnen entwickeln“, sagt Samba Guèye, Traorés Amtskollege im Senegal. Das klingt wie eine Drohung. Und so ist es auch gedacht: „Wir haben Erdnüsse exportiert, das wurde uns kaputtgemacht. Wir exportierten Fisch, der wurde uns weggefangen. Nun exportieren wir eben Menschen.“

MICHAELA SCHIESSL



FOTOS: THOMAS GRABKA

Bäuerinnen in Burkina Faso: Importiertes Milchpulver ist allgegenwärtig – und billiger

heimische Milchwirtschaft ist chancenlos gegen das importierte Milchpulver, das zum größten Teil aus der EU stammt.

Etwa 1150 Tonnen getrocknete Vollmilch exportierte Europa 2005 nach Burkina Faso. Für den größten Milchproduzenten der Welt nur Peanuts, für Gariko Krotoumou bedeutet das einen täglichen Kampf ums Überleben.

Die 50-Jährige aus Burkina Faso hat acht Milchkuhe. Die beste ihrer Zebus gibt vier bis fünf Liter am Tag – ein Achtel der Leistung einer europäischen Turbokuh. In der Trockenzeit, wenn die Tiere kein Futter finden, versiegt der Milchfluss gänzlich. Gariko müsste zufüttern, Baumwollsaatkuchen und Hirse, aber das kann sie sich nicht leisten.

Sie kennt den Grund für ihre Misere, sie sieht ihn überall, an jeder Ecke, auch vor dem kleinen Laden neben ihrem Haus: Es sind Plakate, auf denen lachende Comic-Kühe für importierte Milch werben.

Das Milchpulver der Ausländer ist allgegenwärtig, die Regale der Supermärkte

bringen.“ Auf Einladung von Misereor war sie in Deutschland und warb beim Bauernverband für ein Ende der Ausfuhren. Doch auch die deutschen Landwirte wollten nichts davon wissen.

Schließlich profitieren sie davon, dass die EU für den Export von Milchprodukten jährlich zwischen einer und 1,6 Milliarden Euro ausschüttet, 25 bis 30 Prozent des Warenwerts. Die Regierung von Burkina Faso verlangt nur fünf Prozent Einfuhrzoll, damit die städtische Bevölkerung billig versorgt wird. Die Eliten sind aufgewachsen mit Milchpulver, Frischmilch hat ein schlechtes Image – sie riecht anders, nach Kuh und nach Armut. „Schon die Kinder sehen die Werbespots im Fernsehen und verlangen nach Danone-Joghurt“, sagt Pater Oudet.

Nur der traditionelle Dégué, ein gesüßter Joghurt mit beigemischter Hirse, ist nach wie vor beliebt. In Koudougou, einhalb Stunden entfernt von Ouagadougou, hat sich eine Gruppe Milchbäuerinnen zu eine Molkereigenossenschaft zu-

Im nächsten Heft:

Reise in das „Herz der Finsternis“: Ein brutaler belgischer König, die CIA und ein einheimischer Diktator haben Afrikas reichstes Land, den Kongo, ruiniert.